

Andreas Bühl

Ihr Abgeordneter für den südlichen IIm-Kreis



MEIN BERICHT AUS DEM THÜRINGER LANDTAG -AUSGABE JULI



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Unterstützer,

über 15.000 Thüringer Schülerinnen und Schüler erhielten heute ihre Zeugnisse und starten nach einem sehr schwierigen Jahr in die verdienten Sommerferien. Vor der ebenfalls beginnenden parlamentarischen Sommerpause

hatten wir noch eine sehr intensive und vor allem erfolgreiche Woche für unsere CDU-Landtagsfraktion.

Wir konnten vier Gesetzesinitiativen bzw. Plenaranträge unserer Fraktion im Thüringer Landtag durchsetzen. Obwohl Rot-Rot-Grün dem nur widerwillig zustimmte. Zunächst ist da der **1000-Meter-Mindestabstand von Windkraftanlagen** zur Wohnbebauung. Eine Vorgabe, die sich in ostdeutschen Bundesländern durchgesetzt hat, konnten wir auch für Thüringen erreichen. Zweitens wird die **Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe** nun gesetzlich garantiert und erhalten bleiben. Davon profitieren über 1000 Auszubildende und natürlich jene, die solch eine berufliche Laufbahn planen. Drittens geht es um den **Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes**. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie haben wir erfahren, dass unsere Gesundheitsämter diesen Herausforderungen nicht gewachsen weil kaputtgespart sind. Das soll sich jetzt dringend ändern.

Ein Sicherheitsplus für unsere Polizisten soll schließlich der **Einsatz von Bodycams** bringen, der während dieses Plenums ebenfalls gesetzlich verankert werden konnte.

Für die nun beginnenden Sommerferien wünsche ich Ihnen allen gute Erholung und entspannte Tage mit der Familie. Nun wird es erstmal etwas ruhiger. Im August 2022 gehe ich dann auf meine alljährliche Sommertour. Hieran lasse ich Sie gern teilhaben. Außerdem werde ich gemeinsam mit der CDU Ilmenau am **31. August um 16.30 Uhr** im Haus am See in Ilmenau wieder mein **traditionelles Sommerfest** für Vereine durchführen. Merken Sie und Euch sich den Termin bereits jetzt vor! Eine Einladung geht dazu noch zu.

Ich hoffe, wir sehen uns,
mit herzlichen Grüßen

Ihr Andreas Bühl

Gesetz erhöht Akzeptanz von Windkraft -Maßnahmen zu Energieunabhängigkeit beschlossen



Nach mehr als zwei Jahren harter parlamentarischer Auseinandersetzung ist heute der Mindestabstand von 1000 Metern in der Thüringer Bauordnung verankert worden. Das entsprechende CDU-Gesetz fand eine Mehrheit im Thüringer Landtag. „Damit gilt für Thüringen der 1000-Meter-Standard als Mindestabstand von Windrädern zur Wohnbebauung. Wenn Windradbetreiber existierende Regionalpläne beklagen, setzen wir damit ein Stoppschild: Es gilt weiter die 1000-Meter-Abstandsregel“, erklärte Andreas Bühl. Ein Rückfall in die Privilegierung der Windkraft in der Bauordnung werde damit für diesen Nahbereich zur Wohnbebauung unterbunden. Gleichzeitig werde es keine Änderung am Waldgesetz geben. „Das Waldgesetz gilt weiterhin und es gibt kein Rütteln am Verbot von Windrädern im Wald. Das gilt auch für Kalamitätsflächen“.

Darüber hinaus stelle das Gesetz sicher, dass auch weiter die Kompetenz in den Regionen entscheidend bleibt. „Rot-Rot-Grün wollte die Kompetenz der Planungsregionen aushebeln und es den Gemeinden ermöglichen, den Mindestabstand deutlich zu unterschreiten.“ Das werde mit dem CDU-Gesetz unterbunden, da er auch den Orientierungsmaßstab für alle künftigen Regionalplanungen vorgebe. „Wir stellen sicher, dass die Planungsgemeinschaften weiterhin durch eine eigenständige Abwägung die Bevölkerung vor einem zu nahen Heranrücken von Windrädern an die Wohnbebauung schützen können. Das entspricht exakt der Wirkung der bayrischen Regelung“, erläuterte Bühl. „Die CDU-Fraktion hat somit Wort gehalten. Mit Waldgesetz und Bauordnung ist ein wesentlicher Rahmen für einen bürgerfreundlichen Ausbau der Erneuerbaren Energien gesetzt“, so der CDU-Politiker.

In einem Entschließungsantrag wurde außerdem ein umfängliches Paket für den bürgerfreundlichen Ausbau erneuerbarer Energien beschlossen.

Bühl: Energiesicherungsfonds für Bürger, Kommunen und Unternehmen im Ilm-Kreis wichtig

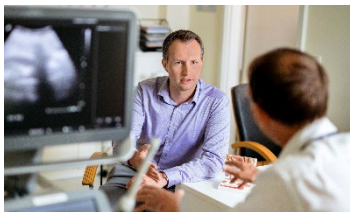


Mit der Forderung nach einem Thüringer Energiesicherungsfonds und einer Grundwärmegarantie wollen der CDU-Landtagsabgeordnete Andreas Bühl und seine Fraktion sicherstellen, dass die Steuermehreinnahmen des Landes an die Bürger zurückfließen. Diese zusätzlichen Einnahmen werden derzeit, unter anderem durch höhere Steuern infolge der gestiegenen Energie- und Verbraucherpreise, auf ca. 400 Mio. prognostiziert. „Wir stehen vor einer massiven Schieflage im Herbst: Das Gas wird knapp, Wärme und Strom werden deutlich teurer. Die Landesregierung verdient an den hohen

Preisen über die Steuern kräftig mit und muss diese Mehreinnahmen jetzt an die Bürger zurückgeben. Aufgabe der Landesregierung ist es, ihren Teil beizutragen, die Portemonnaies der Bürger zu schützen“, machte Bühl deutlich. Seine CDU-Fraktion hat diese Forderungen am Mittwoch im Rahmen einer Aktuellen Stunde im Landtag thematisiert. Der Fonds soll alle Bürger entlasten, die regionalen Energieversorger im Ilm-Kreis stabilisieren und die kommunalen Wohnungsgesellschaften unterstützen. Konkret will Bühl mit der Grundwärmegarantie allen Gas- und Fernwärmekunden einen Rabatt auf die Mindestenergiemenge gewähren. Damit verbundene Einnahmeausfälle sollen aus dem Energiesicherungsfonds kompensiert werden. „Uns geht es darum, den normalen Bürger schadlos durch die Krise zu bringen. Niemand soll in den Wintermonaten frieren müssen. Dazu braucht es feste Sätze, um sozialen Sprengstoff zu vermeiden“, so Bühl weiter. „Viele Bürger leben derzeit in Sorge und Angst vor diesem Herbst und Winter. Hier müssen wir jetzt gegensteuern.“

Zudem sollen mit dem Fonds die Risiken der regionalen Energieversorger durch steigende Bezugspreise in Form von Bürgschaften begrenzt und so Preissteigerungen und Lieferstopps vorgebeugt werden. „Kommt es bei kommunalen Energieversorgern, Wohnungsgesellschaften oder anderen für die Versorgung der Bevölkerung unentbehrlichen Einrichtungen zu Liquiditätsengpässen, müssen Stabilisierungszahlungen aus dem Energiesicherungsfonds möglich sein“, so Bühl.

Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe dauerhaft gesichert



„Mit dem heutigen Tag ist die Schulgeldfreiheit für die Thüringer Auszubildenden in den Gesundheitsfachberufen gesetzlich verbrieft. Heute ist somit ein guter Tag für die mehr als 1.000 Auszubildenden in diesen Berufen. Unser Einsatz hat sich gelohnt: Keine Landesregierung kommt daran künftig vorbei.“ Das betonte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Christian Tischner, zur Verabschiedung des Gesetzesentwurfs der CDU-Fraktion zur Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsfachberufen am 15. Juli. „Zentrale Ursache der unvermittelten Streichung der Schulgeldfreiheit durch die Landesregierung war, dass Bildungsminister Holter die Freien Schulen im Haushalt 2022 mit 14 Millionen Euro unterfinanzierte“, so Tischner. „Diesen Fehler konnten wir zum Glück jetzt heilen.“ Die Einigung gibt den Auszubildenden in den Gesundheitsfachberufen endlich Rechtssicherheit. Eine für viele Schüler existenzbedrohliche Situation ist damit endgültig abgewendet. Mit dem Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion wird Ergotherapeuten, Logopäden, Masseurinnen, Physiotherapeuten und weiteren betroffenen Ausbildungsberufen eine dauerhafte Entlastung beim Schulgeld garantiert, nachdem die Landesregierung Anfang Mai angekündigt hatte, die erst zum Schuljahr 2021/2022 auf Drängen der CDU eingeführte Schulgeldfreiheit wieder abzuschaffen.

Besuchergruppe zu Gast im Landtag



Gäste vom Bildungszentrum Hildburghausen hatte Landtagsabgeordneter Andreas Bühl während der Sitzung des Thüringer Landtags zu Besuch. Die Weiterbildungsteilnehmer hatten dabei die Gelegenheit der Landtagssitzung zu folgen, das Parlament vorgestellt zu bekommen und in die Diskussion mit Bühl zu treten. Dabei ging es vor allem um den Krieg in der Ukraine, Inflation und die Gefahren von Energiemangel.